

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

- 1. zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr),
Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/13160 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Aufenthalt,
die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
(Aufenthaltsgesetz – AufenthG)**

- 2. zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Ulla Jelpke, Wolfgang Neskovic,
Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/12415 –**

**Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes
(Änderung der Altfallregelung)**

- 3. zu dem Antrag der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln),
Birgitt Bender, weitere Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/12434 –**

Verlängerung der Frist für die gesetzliche Altfallregelung

A. Problem

Zum 1. Januar 2010 läuft für den weit überwiegenden Anteil der Geduldeten die Aufenthaltserlaubnis nach § 104a Absatz 5 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) ohne Verlängerungsmöglichkeit aus. Es ist bereits jetzt absehbar, dass knapp unter 30 000 Personen wieder in den Status der Duldung zurückfallen werden.

Denn angesichts der schwierigen Arbeitsmarktlage infolge der globalen Finanzkrise ist nicht damit zu rechnen, dass eine größere Zahl dieser Personen zum

Stichtag des 31. Dezember 2009 eine dauerhafte, eigenständige Lebensunterhaltssicherung im Sinne von § 104a Absatz 5 AufenthG wird nachweisen können.

Da der künftige Deutsche Bundestag bis zum 31. Dezember 2009 aus Zeitgründen nicht zu einer Gesetzesänderung zur Regelung der Problematik kommen könnte, sei eine gesetzliche Korrektur noch in der 16. Wahlperiode erforderlich, um einerseits Rechtssicherheit und Rechtsklarheit für die Ausländerbehörden und die Betroffenen zu schaffen, und andererseits genügend Zeit für die neue Bundesregierung und den neu gewählten Bundestag zu haben, die Regelung nochmals zu überdenken und eine wirklich nachhaltige Lösung auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre zu schaffen.

B. Lösung

Die Vorlagen sehen übereinstimmend eine Verlängerung der so genannten Altfallregelung um mindestens ein Jahr vor.

- 1. Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/13160 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 2. Ablehnung des Gesetzentwurfs auf Drucksache 16/12415 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
- 3. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/12434 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Annahme einer der Vorlagen.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13160 abzulehnen,
2. den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12415 abzulehnen,
3. den Antrag auf Drucksache 16/12434 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Der Innenausschuss

Sebastian Edathy
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Rüdiger Veit, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ulla Jelpke und Josef Philip Winkler

1. Überweisung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP auf **Drucksache 16/13160** wurde in der 224. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. Mai 2009 an den Innenausschuss federführend und an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

Der Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. auf **Drucksache 16/12415** wurde in der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 2009 an den Innenausschuss federführend sowie an den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf **Drucksache 16/12434** wurde in der 214. Sitzung des Deutschen Bundestages am 26. März 2009 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

a) Zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13160

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 88. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD in Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

b) Zu dem Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12415

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 146. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 126. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 88. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und FDP in Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

c) Zu dem Antrag auf Drucksache 16/12434

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 126. Sitzung am 27. Mai 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 88. Sitzung am 17. Juni 2009 mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der SPD und FDP in Abwesenheit der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat die Gesetzentwürfe auf Drucksachen 16/13160 und 16/12415 sowie den Antrag auf Drucksache 16/12434 in seiner 101. Sitzung am 17. Juni 2009 abschließend beraten. Ein die Beratungen zur so genannten Altfallregelung ergänzendes Berichterstattergespräch der Fraktionen im Innenausschuss fand am 27. Mai 2009 statt.

Der **Innenausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/13160 abzulehnen.

Der **Innenausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/12415 abzulehnen.

Der **Innenausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, den Antrag auf Drucksache 16/12434 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2009

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Rüdiger Veit
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Josef Philip Winkler
Berichterstatter